

# HEISSE EISEN

Informationen der DKP Dortmund



November / Dezember 2019



www.dkp-dortmund.de

## Das Klima-Paket – heute ein Päckchen – morgen ein Brief mit Rechnung

Von Wolfgang Richter

Zum Klimapaket erklärte der Parteivorstand der DKP in einer Pressemitteilung am 20.09.2019: „Das Klimapaket der Bundesregierung schadet den Menschen, nützt den Konzernen und nicht der Umwelt. Die Verteuerung von Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas trifft vor allem Arbeiter, Angestellte, Erwerbslose und Pendler. Eine warme Wohnung wird teurer. Die angeblichen Zugeständnisse sind Heuchelei: Die angekündigte Senkung der Strompreise wird vor allem den Konzernen zugute kommen, die Umweltzerstörer werden also noch belohnt. Die Erhöhung der Pendlerpauschale ist Augenwischerei, die Pauschale reicht nach wie vor nicht, um die jetzt steigenden Kosten der Pendler auszugleichen. Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahnfahrkarten gilt nur für den Fernverkehr, wird nicht dazu beitragen, den Personenverkehr auf die Schiene zu verlagern, dazu braucht es einen ausgebauten und kostenfreien Nahverkehr. Dieses Lügenpaket muss bekämpft werden.“

Mit diesem sogenannten „Klimapaket“ reagierte die Bundesregierung auf die von Schülern ausgelöste Protestbewegung, die sich gegen den total verantwortungslosen Umgang mit der drohenden Klimakatastrophe richtet. Wie stehen wir Kommunisten zu dieser Bewegung? Wie muss die Klimakatastrophe aus unserer Sicht bekämpft werden?

Die neue Schülerbewegung hat sich aufgemacht, immer freitags ihre Ängste herauszulassen, nicht einsam beim Psychiater, sondern zu vielen draußen auf Plätzen und Straßen, emotional laut und bunt: Es geht ihnen um ihre Zukunft, die Welt steht ihnen nicht mehr offen, sondern sie krankt und droht zu sterben in giftig gemachter Zivilisation. Als Geg-

nerin ist ihnen „die Politik“ ausgemacht – die tut nichts, das Klima zu retten.

Das Thema der Kinder hat einen Nerv getroffen und viel Unterstützung gefunden. Die Wissenschaft, „scientists for future“, bestätigt die Mutmaßungen und verdeutlicht die Dimensionen. Die Elterngeneration, „parents for future“, erinnert sich ihrer als erfolglos eingestuftes Vergangenes und demonstriert nun auch wieder, samstags. Die Jugend, „extinction rebellion“, zeigt den Kleinen, wie es später altersgerechter gehen soll. Die Politik streichelt in der Öffentlichkeit und stützt im Hintergrund, schon um zu sehen, wer dabei ist. Sichtbar soll Parteipolitik hier eh nicht sein, das mögen

*Fortsetzung auf Seite 3*

## 9. November 1938: Reichspogromnacht!



Dieses Foto zeigt die am 9. November 1938 von den Nazis zerstörte Synagoge in Dortmund. Heute grassiert der Antisemitismus in Deutschland erneut. Artikel dazu und Hinweise zum Gedenken an die Reichspogromnacht finden Sie auf den Seiten 4, 5 und 8.



## Auf ein Wort ...

### Bunte Farbe gegen Nazis - reicht das?

Ula Richter vom Kreisvorstand der DKP Dortmund

**D**a haben sich Stadt, Polizei und Künstler für Dorstfeld was einfallen lassen! Was für eine coole Idee, den widerlichen Schriftzug "Nazikiez" bunt zu überpinseln. "colors are beautiful" leuchtet dort jetzt auf der Wand, die die Polizei nun Tag und Nacht vor den Nazis schützen muss.

Dass die Faschos von der sogenannten Partei "Die Rechte" reagieren würden, haben wir einkalkuliert, so die Polizei. Dass die Bande nun jeden Montag bis Weihnachten Kundgebungen und Aufmärsche durch die Nordstadt durchführen will, hatten sie wohl nicht auf dem Schirm.

Wer sich mit dieser sogenannten Partei anlegt, sollte bedenken, dass er es hier mit dem verbotenen "Nationalen Widerstand Dortmund" zu tun hat, der sich hinter der "Partei" versteckt, einer kriminellen Vereinigung, mit ebensol-

cher Energie, in der neben Gewalttätern und Dumpfbacken auch einige Schlauköpfe ihr Unwesen treiben.

Mit ihren wöchentlichen Aufmärschen, die sie immer Montags bis Weihnachten durch die Nordstadt ankündigen, haben sie einen bösen coup gelandet. So wollen sie den monatlichen Protest vor dem Nazi-Laden mit der Marke Thor Steinar im Brüderweg abziehen und die Nazigegner\*innen zermürben.

Da die Faschos offensichtlich über viel freie Zeit verfügen und ihre Anhängerschaft mit viel action bei der Stange halten wollen, kann uns ein anstrengender Herbst und Winter ins Haus stehen.

Großartig, dass der Pfarrer der Pauluskirche die rassistischen und antisemitischen Parolen der Nazis mit seinen Kirchenglocken übertönte. Ihm und den Nordstadtbewohner\*innen, die ihren Stadtteil schützen, gehört unsere Solidarität und Unterstützung.

Mein Fazit ist: bunte Farbe gegen Nazis ist nur dann sinnvoll, wenn Politik, Polizei und Justiz das Problem im Ganzen anpacken. Und das heißt vor allem, dass man das braune Netzwerk aus sogenannter Partei "die Rechte", aus Terrorverbänden NSU, "combat 18", "blood and honour" und Wehr- und Kampfsportgruppen nicht nur beobachtet, wie das seit 20 Jahren geschieht, sondern mit allen Mitteln des Rechtsstaats verfolgt und schließlich verbietet.

## Dokumentiert

# Bündnis Sozialticket NRW lehnt Preiserhöhung beim VRR ab

Ende September beschloß der Verkehrsverbund VRR mit Zustimmung von CDU, Grünen und SPD die Erhöhung der Fahrpreise zum 1. Jan. 2020 um 1,8%. Von dieser siebten Preissteigerung in acht Jahren ist auch wieder das Sozialticket (gilt nur für Preisstufe A) betroffen. Deshalb gab das „Bündnis Sozialticket NRW“ eine Medieninformation heraus, die wir hier leicht gekürzt wiedergeben.

„VRR greift den Ärmsten an Rhein und Ruhr schon wieder in die Tasche (...) Schon heute bezahlen Menschen im Hartz-IV-Bezug, in Grundsicherung oder mit anderweitigen Mini-Einkommen 38,65€ für ein Sozialticket. Ab 2020 steigt dieser Preis um weitere 1,8% auf 39,35€. Zum Vergleich: Nur 28,39€ monatlich wird Hartz-IV-Bezieher im Rahmen des Regelsatzes für Fahrten mit dem öffentlichen Nahverkehr zugestanden. Immer weniger arme Menschen können sich ein Sozialticket zu diesem Preis leisten. Zuletzt kauften im VRR nur noch 10,8% aller Anspruchsberechtigten ein Sozialticket. Vor zwei Jahren waren es immerhin noch 12,3%. Gerade in Zeiten der Klimakrise, in der die Menschen immer wieder aufgefordert werden, vom Auto auf den öff. Nahverkehr umzusteigen, ist das ein völlig falsches Signal, ist Heiko Holtgrave vom Bündnis Sozialticket überzeugt. „Eine Erhöhung der Fahrpreise paßt nicht mehr in die Zeit.

Das gilt auch für die normalen Tickets. Natürlich müssen Qualität und Umweltverträglichkeit des ÖPNV ständig verbessert werden. Und das kostet Geld. Aber dieses Geld kann nicht immer von den Nutzern kommen - deren Zahlungsbereitschaft ist erschöpft. Hier sind Land und Bund stärker gefordert. (...)“

Dem muß man nicht viel hinzufügen. Vielleicht noch dieses kleine Rechenexempel: Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes im Sept. 2019 sind 25% der Dortmunder, also 150.000 Menschen, von Armut bedroht. Den Flughafen sub-

ventionierte die Stadt in den letzten 20 Jahren mit 400 Millionen Euro. Mit diesem Geld hätte den 150.000 Menschen sieben Jahre lang ein Sozialticket zum Nulltarif gegeben werden können.

Homepage des Sozialforums Dortmund:  
<http://agora.free.de/sofodo/>



Fortsetzung von Seite 1

## Das Klima-Paket – heute ein Päckchen – morgen ...

die Kiddies und Jugendlichen garnicht. Sie denken sich von ihr unabhängig.

Unübersehbar wachsen Unruhe und Zorn im Land und in der Welt, allzu spürbar und bedrohlich verschlechtern sich Klima, "Natur" und Lebensbedingungen. Die Fakten können nicht mehr als fake abgetan werden, so sehr sich auch Trump, Merkel, Johnson und Co darum bemühen: "Alles nicht so schlimm, wir schaffen das, wie immer."

In den Debatten und in den Aktionen mehren sich die Stimmen, die Erklärungen für die erkannten und leidenschaftlich beschriebenen Veränderungen des Klimas suchen. Viele suchen sie bei sich selbst und eigenen Verhaltensweisen sowie bei anderen, Nachbarn, Mitschüler/innen, Kolleg/innen und deren Lebensweisen. Konsumverzichte werden angeregt und gepöbelt. Als wäre das nichts! Aber ist es genug Erklärung für das Zerstören der Lebensgrundlagen? Die Protestierenden wollen keine Politik bei ihren Aktionen haben, weil sie die als verantwortlich für die galoppierenden Umwälzungen des Klimas und Vernichtungen der natürlichen Ressourcen sehen. Viele richten ihren Protest aber unverdrossen an "die Politik" und suchen die Erklärung für die desaströsen Entwicklungen bei ihr. Als wäre das auch nichts! Aber verursacht sie die Katastrophen?

Wir sagen, die herrschende Politik ist die Politik der Herrschenden. Im Kapitalismus haben die großen Eigner von Kapital die Macht, die Natur und die arbeitenden Menschen auszubeuten und diesen Prozess zu organisieren und die Ergebnisse für sich zu sichern. Dazu braucht es "die Politik" - sie verursacht nicht, sondern verwaltet. Als wäre das nichts - die Politik der OB's, der Fraktionsvorsitzenden, der Lokal-, Regional- und Bundesmatadoren, der "Regierenden" kann die gesellschaftlich erarbeiteten und privat angeeigneten Ergebnisse der großen Produktion und Konsumtion so oder anders verwalten. Zwar immer im Interesse der Kapitalisten, aber eher beiläufig, weil notwendig für das Ausbeuten, auch dem der Menschen und der natürlichen Ressourcen. Die Gestaltungshoheit der Politik, sei sie christlich, sozialdemokratisch, grün oder sonstwie begründet, geriert sich im Vordergrund, als entschiede sie Entscheidendes. Die wirklichen Verursacher von Not, Elend und Umweltkatastrophe können im Hintergrund bleiben, sitzen in den Chefetagen von Banken und Konzernen und in der Führung des militär-industriellen Komplexes.

Die Systemfrage ist in der Klimadebatte und durch die Aktionen der Initiativen für den Erhalt einer menschengerechten Umwelt wieder deutlicher geworden. Sie hat noch wenig Ausdruck in den Aktionen gefunden, die zumeist vor Rathäusern stattfinden. Viele finden die Systemfrage noch abstrakt, dabei ist sie doch konkret gestellt. Wir wollen helfen, die Erklärung für die zerstörerischen Entwicklungen zu finden und die Verantwortlichen zu benennen und anzuklagen. ■

Weitere Hinweise zu klimapolitischen Positionen der DKP:

[http://blog.unsere-zeit.de/wp-content/uploads/2019/03/DKP-Info\\_Umwelt-2019.pdf](http://blog.unsere-zeit.de/wp-content/uploads/2019/03/DKP-Info_Umwelt-2019.pdf)



### 10-Punkte-Programm der SDAJ\* für eine soziale Energiewende:

#### Keine CO2-Steuer

Die Klimawende muss sozial gerecht sein. Die reichsten 10% der Welt sind für 90% der Emissionen verantwortlich. Die Reichen müssen zahlen, die Armen müssen finanziell entlastet werden.

#### Die großen Umweltverschmutzer müssen zahlen

Die Top-CO<sub>2</sub>-Produzenten in Deutschland sind: RWE, HeidelbergCement, E.ON, Lufthansa und BASF. Wir brauchen eine Klimasteuer zugunsten des Klimainvestitionsfonds und eine gesetzlich vorgeschriebene Reduzierung der Emissionen um 60% bis 2030.

#### Energie ist ein Recht, kein Luxus

Wir senken die Mehrwertsteuer auf Gas und Strom von 19% auf 6%. Zusätzlich muss es einen staatlich geregelten, vergünstigten Energietarif für Privathaushalte geben.

#### Wenn das Klima eine Bank wäre...

hätte man es längst gerettet. Als die Bankenkrise ausbrach, gab es plötzlich Dutzende von Milliarden, um die Profite der Bankern zu retten. Die Banken müssen diese Milliarden zurückzahlen. Das Geld geht in einen Klimainvestitionsfonds, der von der Regierung mit 20 Milliarden Euro jährlich für einen sozialen und ökologischen Umbau verwendet wird.

#### Klimawende geht nur sozial

Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten, Umbau der umweltschädlichen Unternehmen, bezahlte Fortbildungen und Umschulungen statt Lohnsenkungen.

#### Masterplan Isolierung

Gut für das Klima – aber nicht auf Kosten der Mieter! Wärmedämmung wird verpflichtend, bezahlen müssen allerdings die großen Immobilienunternehmen Deutsche Wohnen & Co.

#### Demokratischer Klimarat.

Ein Klimarat aus Umweltverbänden, FFF und Gewerkschaften überwacht die Klimapolitik und den Klimainvestitionsfonds. Seine Vorschläge sind bindend für die Bundesregierung.

#### Klima statt Krieg

Abrüsten statt Aufrüsten. Statt Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2% des BIP, stecken wir die 45 Milliarden lieber in den Klimainvestitionsfonds.

#### Power to the People

Die Energieriesen RWE, E.ON und EnBW sind die größten Bremser bei der Energiewende. Wir brauchen ein öffentliches und demokratisch kontrolliertes Energieunternehmen, um schnell große Investitionen in erneuerbare und bezahlbare Energien zu tätigen.

#### Streckenplan 2030

Alle gemeinsam statt jeder für sich! Mit dem Klimainvestitionsfonds finanzieren wir einen kostenlosen ÖPNV und billige Bahntickets. Zug, Straßenbahn, Bus, U-Bahn und Fahrrad müssen überall Vorrang bekommen. Das ist nicht nur klimafreundlicher, sondern auch entspannter ohne nervige Staus, Parkplatzsuche und Co. Keine Privatisierung der Bahn!

(\*SDAJ = Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend)

# “Das gemeinsame Handeln ist lebensnotwendig”

Aus der Rede von Ulli Sander bei der antifaschistischen Kundgebung auf dem Nordmarkt

Am 16. Oktober 1932 drangen ca. 800 uniformierte Nationalsozialisten unter Polizeischutz in Gruppen zu 80 bis 100 auf verschiedenen Wegen in die Dortmunder Nordstadt ein. Auf dem Nordmarkt und in den umliegenden Straßen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der antifaschistischen Arbeiterschaft des Dortmunder Nordens. Zwei Tote und 12 Verletzte waren zu beklagen. Aus diesem Anlass rief die Stadtteilgruppe Nord der DKP Dortmund am 13. Oktober zu einer Kundgebung auf dem Nordmarkt auf, um an den damaligen Kampf gegen den Faschismus zu erinnern und zugleich zum Widerstand gegen den Faschismus in der Gegenwart aufzurufen. Hauptredner war Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten). Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus seiner Rede.

Verehrte Anwesende, Freund/innen und Genoss/innen.

Das Jahr 1932 sah viele Höhepunkte im Streben der Nazis, mit Hilfe der bürgerlichen Rechten, des Militärs und der Wirtschaft die Macht zu erringen. Schon im Januar 1932 wurden in Dortmund im Wahlkampf von den Nazis der junge Kommunist Willi Jäger und der junge Katholik Josef Geise ermordet. Wenige Monate später erfolgte am 20. Juli 1932 der „Preußenschlag“. Die Preußische Regierung wurde putschartig abgesetzt, es gab keine SPD-Minister mehr im ganzen Reich. Die SPD zog sich kampfflos zurück. Sie verlor auch alle ihre Polizeipräsidenten – bis auf Karl Zörgiebel, den Dortmunder Polizeipräsidenten. Er war der verantwortliche für den „Blutmai“ von 1929 in Berlin. Das Verbot des 1. Mai sollte durchgesetzt werden. (...) Die 200.000 demonstrierenden Arbeiter wurden von der Polizei beschossen. Der Terror der vom SPD-Politiker Zörgiebel kommandierten Polizei forderte 31 Tote, hunderte Verletzte, und es wurden 1 200 Demonstranten eingesperrt.

Seine Dortmunder Opfer ehren wir heute hier. Und wir ehren den hier ermordeten Demokraten, der hier 1920 erschossen wurde, weil er verdächtigt wurde, sich mit anderen militärisch gegen den reaktionären Kapp-Putsch gestellt zu haben. Wir ehren Opa Wille, wie er genannt wurde, der hier von der SA totgeschlagen wurde, weil er nicht die Hakenkreuzfahne grüßen wollte.

Am 16. Oktober 1932, vor 87 Jahren, zieht eine ca. 800köpfige SA-Formation in einem Propagandamarsch zum Nordmarkt. Die braunen Uniformträger fordern damit die in der Nordstadt stark vertretene kommunistische Organisation „Kampfbund gegen den Faschismus“ und das sozialdemokratische „Reichsbanner“ heraus. Es kommt zur so genannten „Schlacht am Nordmarkt“ zwischen SA, Arbeitern und der Polizei. Opfer der Polizeikugeln werden allerdings unbeteiligte Anwohner und Passanten: Eine Mutter in ihrer Wohnung und ein ahnungsloser Kirchgänger. 14 Menschen werden zum Teil schwer verletzt. Dies Mahnmal auf der Südseite des Platzes erinnert heute an die Naziprovokation.

In diesen Wochen darf die Naziszene von Dortmund hier auf dem Nordmarkt jede Woche ungestört aufmarschieren. Die Losungen der Nazis bei ihren Aufmärschen sind diese: „Israel ist unser Unglück“ oder „Palästina hilf uns doch, Israel gibt es immer noch“. Sie rufen auch: „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“. Diese antisemitische Hetze bleibt folgenlos, was Ermittlungen durch die Justiz anbelangt. Sie bleibt nicht folgenlos, wenn wir an Halle denken. Zu Recht wird jetzt oft gesagt:

Erst kommt die Hetze per Worte, dann kommen die Morde mittels Waffen. Es ist eine terroristische Szene herangewachsen – denn solche Sprüche führen zu Taten wie jetzt am höchsten jüdischen Feiertag. (...)

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) kündigte noch mehr Aktivitäten der Justiz gegen Rechtsextremismus an? Doch was tat die Justiz bisher? Es war fast nichts zu bemerken. Menschen, die auf Todeslisten der Rechten stehen, werden von Polizei und Justiz nicht gewarnt. Zu Zeiten der RAF hingen die Steckbriefe an jeder Tankstelle, heute, zu Zeiten des Rechten Terrorismus werden 501 Haftbefehle gegen Nazis nicht vollstreckt, die Verbrecher laufen frei herum, und kein Steckbrief fordert die Bevölkerung zur Mithilfe auf.

Die Dortmunder Polizei kommt uns am Freitag mit einem Sprachgeschwurbel, um mitzuteilen, dass gegen den Naziaufmarsch am Montag nichts unternommen werden könne. Ein Verbot wagt man nicht.

Diese und noch andere Vorgänge in unserer Stadt sind besorgniserregend. Ich verweise auf die schwindende Erinnerung an die Eingabe der Industriellen und Bankiers an Präsident Hindenburg, Hitler an die Macht zu bringen, sie wurde am 19. November 1932 Hindenburg überreicht. Das war einen Monat nach dem Marsch der Nazis hier auf dem Nordmarkt vom Oktober 1932. Die Verwaltung beabsichtigt, den Raum 7 in der Gedenkstätte Steinwache abzuschaffen, der bisher das Motto hatte: „Die Schwerindustrie setzt auf Hitler.“ (...)

Was sagt der Rat dazu, dass die Verwaltung einfach nicht das tut, was er beschlossen hat? Und auch die geplanten Veränderungen in der Steinwache werden ohne Zustimmung des Rates vorgenommen. Von dem beschlossenen Mahnmal für die Zwangsarbeiter am Phönixsee



Ulli Sander bei seiner Rede am 13. Oktober auf dem Nordmarkt.

## Kundgebung vor dem Rathaus am Welttag zur Bekämpfung der Armut Wohin im Winter?

Wie in jedem Jahr veranstalteten Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe am 17. 10., dem Welttag zur Bekämpfung der Armut, eine Kundgebung vor dem Rathaus. Im Aufruf dazu hieß es: "Dortmund zählt aktuell 1 400 Wohnungslose - wie viele Menschen ungeschützt auf der Straße leben, ist unbekannt. Zwar gibt es ein städtisches Konzept zur Wohnungslosenhilfe, doch noch immer sind wichtige Punkte daraus nicht erfüllt. Und so stehen viele Menschen ohne eine Wohnung auch in diesem Jahr wieder vor der Frage: „Wohin im Winter?“ Auf der Kundgebung wurde berichtet, wie die aktuelle Situation für Wohnungslose ist und was die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe - das Gast-Haus, die Kana Suppenküche, die Suppenküche Wichern und bodo - tun und welche Forderungen sie haben, um die Situation der Betroffenen zu verbessern.

Auf der Kundgebung wurde eine Erklärung von Suppenküchen und Tagestreffs in NRW zum diesjährigen Welttag zur Bekämpfung großer Armut verlesen, in der es u.a. heißt: "Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe schätzt auf Grund aktueller Zahlen, dass im Jahr 2017 etwa 440 000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung waren. 44 434 wohnungslose Menschen zählt die aktuelle Wohnungsnotfallberichterstattung 2019 für NRW, ein Anstieg von fast 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mehr als 48 000 Menschen bundesweit leben ohne jede Unterkunft auf der Straße. Von ihnen starben im vergangenen Winter mindestens 12 in Folge von Unterkühlung."

Weiter heißt es: "Wir wollen Menschen in schweren, scheinbar ausweglosen Lebenssituationen - ohne sie nach Herkunft, Alter, Geschlecht oder sonstigen äußeren Merkmalen zu kategorisieren - einen Ort des respektvollen Willkommens bieten. Bei uns bekommen Arme und Obdachlose nicht nur Essen, Kleidung oder medizinische Versorgung, sondern fassen auch neu-



en Mut. Sie erleben, dass sie in ihrer Menschenwürde wahrgenommen werden, dass sich andere mit ihnen für eine gerechtere Welt einsetzen.(...)

Wir fordern: > Keine Vertreibung! Unsere Gäste sind keine Menschen zweiter Klasse, nur weil sie arm und obdachlos sind. Sie haben ein Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben und auf den Aufenthalt auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Öffnung von geschützten, trockenen öffentlichen Räumen bei Minustemperaturen! Eine U-Bahn-Station ist keine Wohnung, ein Schlafsack ist kein Bett – dennoch können großräumige, niedrigschwellige Angebote wie z.B. Bahnhöfe, Turnhallen, Kirchen oder Wohncontainer für obdachlose Menschen in kalten Winternächten überlebensnotwendig sein. (...)

Veranstaltungshinweis: Suppenküchen und gewaltfreier Widerstand – eine Reise zur großen Catholic Worker Familie. Chris Danowski von Kana und Susan van der Hijden vom Amsterdam Catholic Worker berichten in Wort und Bild von ihrer Reise in die USA und ihrer Teilnahme an gewaltfreien Aktionen zur Verhinderung der Aufstellung neuer Nuklearraketen im Fliegerhorst Büchel/Eifel. Wann u. wo: Freitag, 22. November 2019, 19 Uhr in der Kana Suppenküche, Mallinckrodtstr. 114

Fortsetzung von Seite 4

### “Das gemeinsame Handeln ist lebensnotwendig!”

ist noch immer nichts zu sehen. Nichts zu erfahren ist auch, was die Dortmunder Justiz zu tun gedenkt, um das Dortmunder Geschehen um die NSU-Morde aufzuklären. Und was geschieht um die geheime Organisation Combat 18 – also: Kampfgruppe Adolf Hitler – in Dortmund und das Terrornetzwerk blood and honour zu beseitigen? Was wird unternommen, um die Partei „Die Rechte“ aufzulösen, die eine illegale Nachfolgeorganisation des verbotenen Nationalen Widerstandes ist? Was wird getan, um in NRW faschistische Bürgerwehren zu bekämpfen, die sich als neue SA durch die Städte bewegt? (...)

Wir erleben Immer wieder politisches Handeln, wie es die AfD nicht schlimmer machen könnte. Besonders in Teilen der CSU/CDU und in der FDP ist die Fremdenfeindlichkeit, das Wirken gegen die vor Krieg und Not Geflüchteten zu Hause. Bundeswehroffiziere übernehmen hohe Funktionen in der AfD. Die Reservistenvereinigungen stellen ein gefährliches, verborgenes Potential für die militärischen Einsätze im Inneren bereit. Die Dortmunder linke Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke berichtete kürzlich vom geheimen Zusammenspiel von Geheimdiensten, Bundeswehr, Polizei sowie Reserventruppen. Es gäbe unzählige weitere Beispiele für diesen braunen Sumpf aus Nazis und Geheimdienst. Vergessen wir nicht: bis vor einem Jahr stand mit Hans-Georg Maaßen ein Mann an der

Spitze des Inlandsgeheimdienstes, der aus seiner Nähe zu AfD-Positionen keinen Hehl macht. In Bundeswehr und Polizei werden mit unschöner Regelmäßigkeit rechtsextreme Vorfälle entlarvt – und sofort wieder als vermeintliche Einzelfälle verharmlost. Auf eine solche Polizei und einen solchen Staat ist wahrlich kein Verlass im Kampf gegen Neonazismus und Faschismus! Da müssen wir schon selbst aktiv werden!(...)

SPD und KPD schworen sich nach 1933: Schaffen wir die Einheit. Leider sind wir davon weit entfernt. Dennoch gilt auch heute: Das gemeinsame Handeln ist lebensnotwendig! Es geht um breiteste Bündnisse – besonders vor Ort – gegen den Naziterror. Wir brauchen das Zusammengehen von Friedens- und Demokratiebewegung sowie der Umweltschutzbewegung. Sie sollten sich als kapitalismuskritische und antimilitaristische Bewegungen verstehen. Gegen den Bundeswehreininsatz im Innern, gegen die geheimen Bünde der Reservisten.

Wir wenden uns mit der dringenden Bitte an den Oberbürgermeister und den Rat der Stadt, gemeinsam mit Justiz und Polizei weitere Nazi-Aufmärsche auf unseren Straßen und Plätzen mit allen politischen und rechtlichen Mitteln zu unterbinden und die richtige Erkenntnis durchzusetzen: "Eine rechts-extremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren" (OVG NRW Az 5 B B 585/01). Das beschloss das Obergericht von NRW dereinst. Es gilt daran zu erinnern.

# Die Nicht-Verleihung des Dortmunder Nelly-Sachs-Preises

Von Udo Stunz

*Der Antisemitismusvorwurf als politisches Disziplinierungsinstrument*

**In diesem Jahr wird die Stadt Dortmund den Nelly-Sachs-Preis nicht verleihen. Den mit 15.000 Euro dotierten Literatur-Preis sollte die pakistanisch-britische Autorin Kamila Shamsie erhalten. Doch die Jury hat ihre Entscheidung revidiert. Begründung: Shamsie unterstütze die BDS-Bewegung und diese gelte in Deutschland als Israel-feindlich und antisemitisch.**

Mit ähnlicher Begründung wird die Stadt Aachen ihren Kunstpreis nicht wie geplant an den libanesisch-amerikanischen Künstler Walid Raad verleihen. Als Grund für die Entscheidung nannte Oberbürgermeister Marcel Philipp (CDU) eine fehlende Distanzierung Raads von der BDS-Bewegung (Boycott, Deinvestitionen und Sanktionen). Nun will ein Kunstverein der Stadt dem Künstler einen Preis überreichen.

Die BDS-Bewegung (<https://bdsmovement.net/what-is-bds>) setzt sich u. a. für ein Ende der israelischen Besatzungspolitik ein. Die empörendste Kritik an BDS ist, die Bewegung erinnere an die Aufrufe der deutschen Faschisten „nicht bei Juden zu kaufen“. Richtig ist, dass die Bewegung nicht dazu aufruft, Jüdinnen und Juden zu boykottieren, sondern sie

richtet sich gegen Waren, die in den besetzten Gebieten hergestellt werden, aber als „Made in Israel“ international vermarktet werden. Die Bewegung beruft sich auf die Menschenrechte und das internationale Recht. In einem Aufruf von 2005 fordert BDS u.a., dass „Israel die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt und das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt“. Mit keinem Wort wird das Existenzrecht Israels in Frage gestellt.

Der Antisemitismusvorwurf ist zu einem politischen Disziplinierungsinstrument der Herrschenden, ihrer Regierungen und ihrer Medien gegen ihnen unbequeme Kritiker der aktuellen Politik des Staates Israel geworden. Grundlage für das Vorgehen gegen Kritiker der Politik des Staates Israel ist ein Beschluss des Europäischen Parlaments, den die Bundesregierung übernommen und zu einem Teil des Staatsdoktrin gemacht hat. In ihm ist eine Antisemitismus-„Definition“ enthalten, die keiner ernsthaften Prüfung standhält. Sie bezieht auch die Kritik an der Politik des Staates Israel in den besetzten Gebieten durch die Formel „israelbezogener Antisemitismus“ ein.

Nicht nur Künstlerinnen und Künstler, sondern auch Wissenschaftler, die sich kritisch mit der Politik Israels auseinandersetzen, sind dem Antisemitismusvorwurf ausgesetzt. Unter ihnen auch immer wieder jüdische Israelis oder Deutsche mit jüdischen Wurzeln. Sie werden nicht nur übel verleumdet. In einigen Fällen ist es zu Morddrohungen gekommen.

Veranstaltungen zur menschenrechtlichen Lage in Palästina und Israel werden ebenso mit dem Antisemitismusvorwurf belegt. Veranstalter, Vermieter und Bildungseinrichtungen werden so massiv unter Druck gesetzt, dass viele Veranstaltungen abgesagt wurden.

Wenn der Protest gegen massive Menschenrechtsverletzungen und die Verstöße gegen das Völkerrecht durch die israelische Regierung und ihre Sicherheitskräfte diskreditiert und unterdrückt werden, bleiben Menschenrechte und das internationale Recht ebenso auf der Strecke wie demokratische Grundprinzipien. Dass dies auch noch mit einem vorgeblichen Kampf gegen Antisemitismus begründet wird, ist nicht nur perfide; es gibt dem Antisemitismus, der in der Tat gefährlich zunimmt, zusätzlichen Auftrieb.



Haus nach einem Raketenangriff Israels in Rafah im vergangenen Frühjahr. Foto: AFP/Said Khatib

# Was es in der DDR nicht gab ...

Der 7. Oktober 2019 ist für Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland ein besonderes Datum: An diesem Tag vor 70 Jahren wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Die kommunistischen Parteien deutscher Nationalität außerhalb der DDR, das heißt KPD, DKP und SEW haben sich diesem Staat immer solidarisch verbunden gefühlt und wurden von Seiten ihrer Gegner auch immer mit diesem identifiziert. Die politischen Verhältnisse in der heutigen Bundesrepublik und vor allem die Beschaffenheit ihrer Medienlandschaft lassen wenig Hoffnung aufkommen, dass der 7. Oktober 1949 in geschichtswissenschaftlich seriöser Weise gewürdigt werden wird. Zu erwarten sind vielmehr weitere Delegitimierungsattacken gegen den untergegangenen Staat. All diesen einseitigen, verleumderischen und verzerrenden Darstellung können wir hier nichts Umfassendes entgegenstellen. Aber vielleicht kann der folgende Text, den wir der Zeitschrift "Rotfuchs" entnommen haben, einen kleinen Denkanstoß dagegen setzen ...



## Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland

keine Ausbeutung  
keine Arbeitslosigkeit  
keinen Mietwucher  
keine Obdachlosigkeit  
keine Kinderarmut  
keine Altersarmut  
keine Geschäfte mit der Angst  
keine Abzocker und Kredithaien  
keine Schuldenfallen und Schuldeneintreiber  
keine Diskriminierung der Frau  
keine Amokläufe in Schulen  
keine Naziparteien  
keine Revanchistenverbände  
keine Wehrmachtstraditionsvereine  
keinen Sensations-, Gossen- und Hysterie-Journalismus  
keine Klatsch-und-Tratsch-Presse  
keine Kriegspropaganda  
keine Waffenlobbyisten  
keine Kriegsbeteiligung  
keine Rassenhetze  
keine Monopolkapitalisten  
... oder irre ich mich?



Wie hat sich die DDR entwickelt, welche waren wichtige Fortschritte und Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus, welche Fehler und Defizite hat es gegeben? Was waren die Gründe für ihren Untergang? Die DKP setzt sich mit diesen Fragen intensiv auseinander. Wer mehr darüber erfahren will, dem sei folgender Link empfohlen:

[http://blog.unsere-zeit.de/wpcontent/uploads/2019/10/70-Jahre-DDR\\_DKP-Geschichtskommission.pdf](http://blog.unsere-zeit.de/wpcontent/uploads/2019/10/70-Jahre-DDR_DKP-Geschichtskommission.pdf)

## KURZ & BÜNDIG

### UZ-Pressfest nächstes Jahr wieder in Dortmund

Das nächste Pressefest der DKP-Zeitung "unsere zeit" - es ist bereits das Einundzwanzigste - findet im kommenden Jahr erneut in Dortmund statt. Und zwar vom 28. bis 30. August im Revierpark Wischlingen. Das UZ-Pressfest gilt als das größte Volksfest der Linken in Deutschland. Es versteht sich als Fest des Friedens und der Solidarität. Zuletzt fand es Anfang September 2018 ebenfalls im Revierpark Wischlingen statt. Damals wurde es von über 10 000 Menschen besucht.

### Fast jeder vierte Dortmunder von Armut bedroht

Dortmund hat mit 23,9 Prozent die zweithöchste Armutsgefährdungsquote in Deutschland. Nur in Duisburg ist sie mit 27,4 Prozent noch höher. Das geht aus aktuellen Zahlen des statistischen Bundesamtes hervor.

Auch wer Arbeit hat, ist vor dem Armutrisiko nicht gefeit. Ein großer Teil der 107 000 Menschen, die in Dortmund nur einen Teilzeit- oder Minijob haben, ist nach Einschätzung der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten von sogenannter Erwerbsarmut bedroht. "Arm trotz Arbeit" lautet das Schlagwort für diesen skandalösen sozialen Missstand. Besonders Frauen sind davon betroffen.

### Dortmund - Hochburg überschuldeter Menschen

85 000 Menschen bzw. 14,4 Prozent der Bevölkerung sind in Dortmund "überschuldet". Und das meistens konstant seit vielen Jahren mit steigender Tendenz. Die Definition von Überschuldung besagt, dass die Verschuldung so hoch ist, dass die Betroffenen sie aus eigenem Vermögen oder mit ihren Einkünften nicht mehr abbauen können. Die Zahlen kommen von der "Creditform Wirtschaftsforschung" mit Sitz in Dortmund-Hörde. Sie erhebt diese Zahlen regelmäßig für den deutschen Schuldenatlas. Mit seiner Überschuldungsquote liegt Dortmund seit langem deutlich über dem Bundes- und Landesdurchschnitt.

# Kommt die Schnullerpflicht für E-Roller?

Seit Juni 2019 werden wir mit einer neuen Masche verarscht. E-Roller, die seither überall im Weg stehen und liegen, sollen laut Lügen- und Verkehrtminister Scheuer den KFZ-Verkehr und CO2-Ausstoß deutlich verringern, weil sich damit die „letzte Meile“ vom Parkplatz zur Haustür und schnelle Einkaufsfahrten in die Innenstadt fix erledigen lassen. Die Regierung entwarf ein Gesetz, der Bundesrat stimmte zu, Industrie und Anbieter schenken den Schampus nach.

Jetzt mal Fakten: 69% der Nutzer geben an, aus Spaß zu fahren. Die durchschnittliche Fahrt ist 1,9 km lang und dauert 11 min. Zu Fuß wären das 20 min, mit dem Fahrrad 5 min und mit der U-Bahn 3 min. Die Produktion der Roller mit ihren leistungsstarken Lithium-Ionen-Akkus verbraucht wertvolle Rohstoffe und erzeugt viel CO2, umgerechnet 125g pro km. Das ist mehr als ein stinkiger Dieselbus pro Fahrgast verbraucht. Ein Fahrrad dagegen 5g/km.

1923 erfand General Motors die Obsolenz, das künstliche Kaputtgehen von Gebrauchsgegenständen. Diese wird von Ingenieuren erforscht und zur Umsatzsteigerung eingebaut. Wir kennen das von E-Geräten, Autos, Textilien ... immer einen Monat länger als die Garantie. Bekannt geworden ist das Phoebus-Kartell 1925, das die Lebensdauer von Glühbirnen bei Strafe auf 1000 Std begrenzte.

Die Obsolenz von E-Rollern liegt bei 1 bis 3 Monaten und entspricht ungefähr der Halbwertszeit einer SPD-Vorsitzenden. Eine neue Berufsgruppe, die „Juicer“ (Saftgeber), durchstreift nachts mit großen Dieselfahrzeugen die Städte und sammelt Roller ein, um sie zu Hause aufzuladen und dann wieder zu verteilen. Viel CO2, wenig Lohn. 4 € pro Roller, keine 8 €/Std.

Es geht um ein Milliardengeschäft, das mit Bübchen (69% der Trottel sind jung und männlich) gemacht wird, für die nach StVO Babymützchen und Schnuller vorgeschrieben sein sollten, um ihren Geisteszustand anzuzeigen.

Weniger Treibhausgas und mehr Sicherheit im Straßenverkehr sind nur durch kostenlosen ÖPNV, bessere Radwege und Beschränkungen für KFZ zu erreichen!

Theo Fabricius

## Ja, ich will ...

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied werden

Name .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

E-Mail .....

Ausschneiden und einsenden (siehe Impressum) oder eine E-Mail schicken

## TERMINE

der DKP-Gruppen

> Jeden letzten Donnerstag (i. d. Regel) im Monat findet um 19 Uhr im Z\*\* eine **Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.

> Jeden 4. Montag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Süd**.\*

> Jeden 1. und 3. Montag im Monat um 19.30 Uhr trifft sich im Z\*\* die **DKP-Stadtteilgruppe Nord**.

> Jeden 4. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Haus Gobbrecht.

> Jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West**\*.

\* Die Versammlungsorte der Stadtteilgruppen Süd und West sind zu erfragen unter: > [Info@dkp-dortmund.de](mailto:Info@dkp-dortmund.de)

\*\* Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)

### Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o Deutsche Kommunistische Partei

Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund  
Tel. 28 21 77 97

[Info@dkp.dortmund.de](mailto:Info@dkp.dortmund.de)  
[www.dkp-dortmund.de](http://www.dkp-dortmund.de)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10.10.2019

V.i.S.d.P.: Doris Borowski



### Veranstaltungen zur Reichspogromnacht

Das Bündnis Dortmund gegen Rechts zeigt die Ausstellung: "Akte 3 - Deutsche verwehrten jüdische Nachbarn". Eröffnung: 6.11., 19 Uhr in der Gedenkstätte Steinwache. Einführung: Prof. Wolfgang Dreßen. Unterstützer: Koordinierungsstelle für Vielfalt und Toleranz, VVN/BdA und Förderverein Gedenkstätte Steinwache / Internationales Rombergparkkomitee. Am 16.11., 20.30 Uhr wird dazu in der Schauburg der Film von Michael Verhoeven "Menschliches Versagen" gezeigt. Der Regisseur wird anwesend sein.

Die Stadtteilgruppe Dortmund-West der DKP ruft am Samstag, den 9.11., 14 Uhr auf zur Gedenkkundgebung am Mahmal am ehemaligen jüdischen Friedhof im Westpark (am nordöstlichen Parkeingang, Lange Strasse). Im Anschluss werden "Stolpersteine" in der Umgebung gereinigt.

21. UZ-PRESSEFEST  
VOLKSFEST DER DKP

DAS FEST DES  
FRIEDENS UND  
DER SOLIDARITÄT

28. – 30. AUGUST 2020